

Workshop des Landesbeirates: „Corona und die Folgen für Menschen mit Behinderungen“

25. August / 02. Oktober 2020

Im Vorfeld der Workshops wurde bei den Mitgliedern des Landesbeirates eine Umfrage gemacht, in der es um Erfahrungen mit den Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus ging. Außerdem wurde gefragt, welche Veränderungen für den Fall einer „zweiten Welle“ gewünscht werden. Die Ergebnisse der Umfrage dienten nach Themenbereichen sortiert als Tischvorlage. In den Workshops wurden sie vorgestellt, ergänzt und politische Forderungen daraus abgeleitet.

Im Folgenden werden die Themen in der Reihenfolge dargestellt, wie sie in den Workshops besprochen wurden.

Dabei wurde jedes Thema in vier Aspekten betrachtet:

1. Was ist in dieser Hinsicht gut gewesen?
2. Was ist schlecht gewesen?
3. Welche Wünsche und Anregungen gibt es zum zukünftigen Umgang mit diesem Thema?
4. Welche politischen Forderungen ergeben sich daraus?

Antworten auf die ersten drei Fragen wurden bereits durch die Abfrage im Vorfeld des Workshops gesammelt und im Workshop lediglich ergänzt. Die im Workshop ergänzten Aspekte sind kursiv dargestellt. Die politischen Forderungen wurden im Workshop gemeinsam erarbeitet.

1) Verfügbarkeit von Informationen

Positiv

- Dolmetscher für Gebärdensprache bei Pressekonferenzen

Negativ

- Seiten des Gesundheitsamtes und Informationen über das Coronavirus waren nicht für gehörlose Menschen aufbereitet. Untertitelung von Ansprachen (z.B. Bürgermeister) teils ungenügend
- Untertitel und Gebärdensprache bei regionalen Sendern oft nur über digitales Fernsehen möglich
- Möglichkeit der Rückfrage für gehörlose Menschen war nicht möglich (Schlechte Erfahrung mit barrierefreiem Bürgertelefon, da wenig Wissen über konkrete Verordnungen einzelner Bundesländer herrscht)
- Von lernbehinderten und kognitiv eingeschränkten Personen wurden die Bestimmungen nicht verstanden, da die Sprache zu kompliziert war
- *Die Koordination der Informationsweitergabe war teils ungenügend*

Wünsche und Anregungen

- Besserer Zugang zur Erlasslage für alle wäre gut
- Einblick in zeitliche Abläufe der Maßnahmen und Lockerungen
- Informationen direkt über GV-SH laufen lassen → Weitergabe an und Aufbereitung für Mitglieder
- Informationen in leichter Sprache (auch in Tageszeitungen auf regionaler Ebene, im Fernsehen und Radio) & Videobotschaften
- Eine Website erstellen, die Menschen mit Lernbehinderungen und kognitiven Einschränkungen bekannt ist und gesammelte Informationen zum Coronavirus für Menschen mit verschiedenen Behinderungen veröffentlicht
- Audiodeskriptionen z.B. für Statistiken im Fernsehen
- Dolmetscher für Gebärdensprache als systemrelevant anerkennen
- *Eine Idee ist, ein Kompetenzzentrum für die zentrale barrierefreie Informationsweitergabe zu schaffen*
- *Offizielle Informationen sollen besser kenntlich gemacht werden*
- *Auch in regionalen Medien soll es Informationen in Gebärdensprache und leichter Sprache geben*
 - ➔ *Insgesamt wird eine koordinierte, strukturierte Informationsweiterleitung gewünscht*
 - ➔ *Diese soll nicht nur über das Internet, sondern in verschiedenen Medien barrierefrei zugänglich sein*

Politische Forderungen aus dem Workshop

- Wunsch nach eindeutiger Aufgabenzuweisung (seitens der Behörden) für den Informationsfluss, dabei sollen folgende Aspekte bedacht werden
 - Zentral zur Verfügung gestellte Informationen
 - Strukturierung der Informationsweiterleitung
 - Wunsch der Bildung einer Schnittstelle zu den Medien (öffentlich - rechtliche)
 - Verpflichtende gleichzeitige, gleichwertige und durchgängige Präsentation der barrierefreien Infos (Fokus: leichte Sprache)

2) Öffentlichkeitsarbeit

Negativ

- Schlechter Informationsstand über Ausnahmen bei der Maskenpflicht → Stigmatisierung und Rechtfertigungsdruck
- Wenig Öffentlichkeit für Belange der Menschen mit Behinderungen

Wünsche und Anregungen

- Mehr Wahrnehmung & Berichterstattung über Lage der Menschen mit Behinderungen während der Coronapandemie wird gewünscht
- *Dabei soll auch auf die Bedarfe von Gehörlosen eingegangen werden*

- *Außerdem soll über die Situation der Mitarbeitenden in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen berichtet und deren Leistungen während der Corona-Maßnahmen gewürdigt werden*
- *Auch die Leistungen der im sozialen Bereich Arbeitenden sollen dabei publik gemacht werden*
- *Insbesondere die psychischen Folgen der Maßnahmen sollen dokumentiert werden*
- *Die Medien sollen zu einer gleichberechtigten Berichterstattung über verschiedene Bevölkerungsgruppen angehalten werden*
- *Alle öffentlichen Einrichtungen müssen zugänglich sein, auch wenn eine Assistenz benötigt wird oder eine Person keine Maske tragen kann*

Politische Forderungen aus dem Workshop

- Alle öffentlichen Einrichtungen müssen mit Assistenz zugänglich sein
- Mehr Medienpräsenz für Menschen mit Behinderung (öffentlich - rechtliche)

3) Beteiligung und Selbstbestimmung

Positiv

- Einbeziehung der LAG Werkstattträger bei der Gestaltung von Erlassen, Prozess verlief auf Augenhöhe und hält an

Negativ

- Mangelhafte Einbeziehung von Belangen von Menschen mit psychischen Erkrankungen/Behinderungen, keine Beteiligungsmöglichkeiten
- Mangelnde Abwägung von Rechten → körperlicher Schutz stand extrem im Vordergrund, Eigenverantwortung, Selbstständigkeit und psychisches Wohlbefinden wurden vernachlässigt
- Ausfall von Selbstvertretungsgruppen → erst spät in digitalen Raum verlagert
- Einschränkungen und Abhängigkeiten waren wieder viel stärker, in Bezug auf Inklusion und Teilhabe waren Fortschritte der letzten Jahrzehnte nicht mehr spürbar
- *Fremdbestimmung zeigte sich als Automatismus bei krisenhaften Situationen*

Wünsche und Anregungen

- Enge Zusammenarbeit der Entscheidungsträger, insbesondere der Verwaltung des Sozialministeriums, mit Behindertenverbänden wird gewünscht → Berücksichtigung von deren Empfehlungen und Interessen der Menschen mit Behinderungen
- Bessere digitale Ausstattung der Selbstvertretungsgruppen
- Insgesamt mehr Selbstbestimmung und weniger Bevormundung der Menschen mit Behinderungen auch in Zeiten von Corona
- *Betroffene sollen im Krisenstab der Landesregierung beteiligt werden*
- *Bestehende Beteiligungsformate sollen fortgesetzt werden*

- *Im Landesbeirat sollen Themen und Probleme gebündelt und ggf. weitergegeben werden*

Politische Forderungen aus dem Workshop

- Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen soll auf Landesebene im Entscheidungsgremien sitzen
- Mehr Barrierefreie Beteiligungsformate
- Fortsetzung bestehender Beteiligungsmöglichkeiten im Sinne der Partizipation und Inklusion
- Telefonkonferenzen auch unter Beteiligung von Menschen mit psychischen Behinderungen & Bewohnerbeiräten

4) Technik/Digitalisierung

Positiv

- Für gehöhrlose Menschen haben sich Videokonferenzen etc. teils als vorteilhaft erwiesen (leichte Zuschaltung von Dolmetschern)

Negativ

- Kein Geld für Technische Ausstattung
- Probleme mit Anwendung der Technik
- Barrierefreiheit von Websites teils mangelhaft
- Schlechte Internetverbindung/-infrastruktur erschwert Zugang zu Informationen
- *Durch die Coronakrise wurden laufende Projekte zum Ausbau der digitalen Infrastruktur ausgebremst*
- *Digitale Formate sind für Menschen mit starken Beeinträchtigungen nicht nutzbar*
- *Durch die Umstellung auf Videokonferenzen kann es zum Ausschluss von Menschen kommen*

Wünsche und Anregungen

- Bessere digitale Ausstattung von Alten- und Pflegeheimen, sowie besonderen Wohnformen, um Isolation mit Videokonferenzen etc. etwas entgegen zu wirken, *dafür sollen den Einrichtungen finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen*
- Bessere digitale Ausstattung von Selbstvertretungsgruppen, sowie gute Anwendbarkeit der Programme, *dies soll durch finanzielle Förderung ermöglicht werden*
- Barrierefreiheit von Websites voranbringen
- *Barrierefreiheit immer mitdenken*
- *Schulungen für Menschen mit Behinderungen im Bereich Medienkompetenz*
- *Einrichtungen ausstatten, um Kommunikation zwischen allen Beteiligten zu ermöglichen*
- *Peeraustausch ermöglichen*

- *Austausch über Medien ermöglichen*
- *Individuell abgestimmte Ausstattung mit Medien*
- *Einfache Antragswege für Förderung der digitalen Ausstattung*
- *Ziel: Internet für alle*
- *Trotz dieses Ziels muss beachtet werden, dass digitale Kommunikationsformen nur als Ergänzung betrachtet werden sollten und direkte Begegnungen nicht ersetzen können*

Politische Forderungen aus dem Workshop

- Umsetzung der gesetzlichen Grundlage zu barrierefreien Websites
- Genereller Zugang zum Internet, Beschaffung nötiger technischer Ausstattung und Schulungen (Anwendung & Medienkompetenz)
- Barrierefreie Zugänge zu digitalen Angeboten (z.B. Bildung & Freizeitaktivitäten)
- Alternativen zu digitalen Angeboten ausbauen, finden & ermöglichen
- Ressourcen für die Ausstattung werden gefordert insbesondere für Einrichtungen der EGH und Selbsthilfegruppen & Vereine, dabei besteht der Wunsch nach Vereinfachung der Antragsverfahren

5) Versorgung mit Schutzausrüstung und Coronatests

Negativ

- Wechselnde Assistentinnen als Risikofaktor
- Mangelhafte Ausstattung mit Schutzausrüstung
-> Isolation aufgrund von Vorerkrankungen (soziale Kontakte fehlen)
- *Mangelnde Ausstattung der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen*
- *Finanzielle Engpässe in Einrichtungen durch Umstellung der Finanzierung*
- *Niedrige Priorität von Menschen mit Behinderungen bei der Versorgung mit Schutzausrüstung*
- *Unklare Verteilungswege der Schutzausrüstung*

Wünsche und Anregungen

- Kostenlose Coronatests für Risikopersonen und deren pflegende Angehörige/Assistenzen und auch für Besucher und Mitarbeitende in Behinderten-/Pflegeeinrichtungen
- Handlungsempfehlungen für pflegende Angehörige und Assistenzen
- *Ausreichende Ausstattung mit Masken, Desinfektionsmittel, Plexiglas etc.*
- *Finanzielle Unterstützung der Einrichtungen für die Beschaffung von Schutzausrüstung*
- *Zusätzliches Geld im persönlichen Budget für Schutzausrüstung*

Politische Forderungen aus dem Workshop

- Regelmäßige präventive Tests für Mitarbeitende, Angehörige, Besucher, Bewohner von Einrichtungen in Form von Schnelltests, auch bei persönlich knappem Budget auf freiwilliger Basis

- Kostenlose Tests für Assistenz
- Beschaffung von Schutzausrüstung und deren Kostenübernahme für Einrichtungen und Assistenz
- Assistenzen sollen als systemrelevant eingestuft werden
- Übernahme (oder Beteiligung) an den Kosten für Schutzausrüstung und Testverfahren auch für Budgetnehmer im Arbeitgebermodell

6) Gesundheitsversorgung, Therapien und Unterstützung

Negativ

- Therapien fielen aus (z.B. Sprachtherapie, Physiotherapie, Training unterstützter Kommunikation, *Psychotherapie*)
- *Therapien innerhalb von Einrichtungen besonders betroffen*
- Schwierigkeiten mit Arztterminen und Medikamentenversorgung
- Weiterhin Ausfall von einigen Therapien (z.B. Funktionstraining im Wasser für Rheumapatienten), andernorts Erhöhung der Preise, sodass die Leistung nicht mehr voll von den Krankenkassenleistungen abgedeckt wird
- Maske stört z.B. bei Gymnastik für Rheumapatienten
- *Einige Therapieformen, beispielsweise Physio- und Ergotherapie, sowie Logopädie sind ohne Körperkontakt nur eingeschränkt oder nicht möglich*
- *„Face to Face“ Kontakt ist insbesondere bei der Psychotherapie nicht zu ersetzen*
- Ausfall von Selbsthilfegruppen

Wünsche und Anregungen

- *Therapien bestmöglich aufrechterhalten*
- *Die Raumsituation in den Einrichtungen verbessern (Räume für „Notfälle“ einplanen)*
- *Installation von sogenannten Kontaktcontainern, beispielsweise für die Psychotherapie*
- *Therapien in Wohnbereichen oder Werkstätten durchführen, um den Kontakt zu Praxen zu reduzieren*
- *Assistenzen in Krankenhäusern und Praxen zulassen*
- *Selbsthilfe aufrechterhalten*
- *Alternative Wege für Terminvereinbarungen schaffen, um die Zugänglichkeit für Menschen mit verschiedenen Behinderungen zu sichern (z.B. Telefonisch, per Fax, Mail etc.)*

Politische Forderungen aus dem Workshop

- Die bestehende Versorgungsstruktur muss auch bei erhöhten Infektionszahlen bestmöglich aufrechterhalten werden
- Face-to-Face Kontakte sollen beispielsweise durch sogenannte Kontaktcontainer möglich bleiben
- Die Arbeit der Selbsthilfegruppen darf nicht eingeschränkt werden

Die nachfolgenden Themen „Besondere Wohnformen“ und „Arbeit/Werkstätten“ wurden insbesondere mit Blick auf das geplante Gespräch mit dem Sozialministerium am 3.11.2020 bearbeitet. In diesem Gespräch soll gemeinsam mit Vertretern und Vertreterinnen aus dem Landesbeirat und dem Landesbeauftragten über notwendige Änderungen in den Erlassen und Handreichungen zum Coronavirus gesprochen werden. Der Fokus liegt dabei auf den Lebensbereichen Wohnen und Arbeit. Daher stellen bei diesen beiden Themenbereichen die politischen Forderungen auch die Basis für das Gespräch dar. Da der Bereich psychische Gesundheit in der Gesamtbevölkerung und für Menschen mit psychischen Behinderungen besonders stark durch die Erlasse betroffen ist, wurde entschieden, auch Forderungen aus diesem Bereich in das Gespräch mitzunehmen.

7) Besondere Wohnformen

Positiv

- Mehr Zeit zum Lesen, Zimmer umgestalten, Musik hören etc.
- *In einigen Einrichtungen fand eine sehr engagierte Unterstützung durch Betreuer aus dem Werkstattbereich statt*
- *Insbesondere im Bereich Tagesstruktur gab es hervorragende Kooperationen zwischen den besonderen Wohnformen und den Werkstätten*

Negativ

- Massive Rückschritte bei der Selbstbestimmung während der Corona-Maßnahmen
- Ablehnung von Maßnahmen aufgrund von mangelhafter Information durch die Betreuer
- Keine Möglichkeit von Außenkontakten
- Besuchsregelungen teils kaum umzusetzen (Personal, Ausrüstung, Verständigung für stark eingeschränkte Personen schwierig durch Plexiglas)
- Kritik an Gleichsetzung von Wohngruppen mit Pflegeheimen
- Teils keine Möglichkeit, begleitet das Gelände zu verlassen
- Auch Alltagstätigkeiten (z.B. Müll runterbringen, Pfand wegbringen, Briefe verschicken) nicht mehr möglich
- Platzfreihaltgeld bei Betreuung in der Familie nur für maximal 28 Tage
- Vorhandene Konflikte zwischen Bewohner*innen verschärften sich aufgrund der Isolation
- *Kommunikationsmöglichkeiten wie z.B. Videoformate und auch Kontaktcontainer sind für viele Bewohner nicht geeignet*

Wünsche und Anregungen

- Systematische, kostenlose Testung für Bewohner*innen, Mitarbeiter*innen und Besucher*innen

- Differenzierung der verschiedenen Einrichtungen und der jeweiligen Gefährdungslage bei Besuchsregelungen und Bewegungsfreiheit der Bewohner*innen -> keine generellen Ausgehverbote mehr
- Differenzierung zwischen Bewohner*innen, die in der Lage sind, Abstandsregeln etc. einzuhalten und solchen, die nicht dazu in der Lage sind innerhalb der Gruppe
- Einbeziehung von fachkundigen Bewohner*innen und Angehörigen in die Erarbeitung von Erlassen
- Einbeziehung von Bewohner*innen und Angehörigen bei der konkreten Ausgestaltung der Abläufe und Regeln in den Einrichtungen
- Ausgleich der finanziellen Mehraufwände für die Einrichtungen (z.B. für Personal in der 1:1 Betreuung bei Besuchen, Einkäufen und Arztbesuchen)
- Einrichtung einer Stelle zur Vermittlung bei coronabedingten Problemlagen
- *Online-Kontakte ermöglichen (IT Ausbau)*
- *Face-to-Face Kontakte in besonderen Wohnformen ermöglichen*
- *Für Menschen, die auf Körperkontakt angewiesen sind, auch diesen weiter möglich machen*
- *Entlastung der Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen*
- *Verbindliche Regelungen schaffen, um Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in die besonderen Wohnformen zu bringen*
- *Ambulante Betreuung für Menschen, die nicht in besonderen Wohnformen leben, aufrechterhalten*

Politische Forderungen (insbesondere im Hinblick auf das Gespräch am 3.11.)

- Mehr Geld für IT Ausbau in besonderen Wohnformen
- Auch die Betreuung außerhalb von besonderen Wohnformen sicherstellen
- Keine Zwangsisolierung und kein Wegsperrern von Menschen
- Differenzierte, individuelle Schutzkonzepte in Absprache mit Bewohner*innen erstellen mit verschiedenen „Stufen“, basierend auf dem aktuellen Infektionsrisiko (Hier geht die aktuelle politische Entwicklung bereits in die richtige Richtung)
- Gesicherte Finanzierung und konkrete Pläne für den Fall einer zweiten Infektionswelle unter Einbeziehung der Menschen mit Behinderungen erstellen
- Ausdifferenzierung von Risikogruppen innerhalb von Einrichtungen
- Mitwirkung immer sicherstellen, die aktuelle Handreichung soll überarbeitet werden, sodass festgelegt wird: Der Bewohnerbeirat ist einzubeziehen
- Flexibilisierung der Mitwirkungsstrukturen (z.B. Ermöglichung der stellvertretenden Interessensvertretung durch Angehörige oder Mitarbeiter*innen, Schaffung der Möglichkeit der Beauftragung einer Vertrauensperson)

8) Arbeit/Werkstätten

Negativ

- Schließung der Werkstätten wurde als sehr belastend empfunden

- Unklarer Wiederbeginn der Beschäftigung (auch durch mangelnde Informationen an die Einrichtung, ungenügende Vorlaufzeit bei Beschlüssen)
- Ungleichbehandlung zwischen Werkstattbeschäftigten und Beschäftigten in Außenarbeitsplätzen
- Sinnhaftigkeit von Maßnahmen teils zweifelhaft
- Langes Warten vor der Tür wg. Anwesenheitslisten
- Pauschale Wiedereröffnung -> Sorgen bei Risikogruppen, gleichzeitig Notwendigkeit alternativer Tagesstrukturierung und Förderung
- *Wegfall von Aufträgen*
- *Kein guter Umgang mit Menschen, die sich nicht an Maßnahmen halten können oder wollen*
- *Keine Tagesstruktur im Ambulant betreuten Wohnen möglich*

Wünsche und Anregungen

- Schaffung von tagesstrukturierenden Angeboten für Risikogruppen und Menschen, die sich nicht an die Coronaregeln (Maskenpflicht, Abstand etc.) halten können
- *Tagesstrukturierende Angebote auch für Menschen, die nicht in Einrichtungen leben*
→ *Tagesstruktur immer sicherstellen*
- *Soziale Bezüge in der Tagesförderstätte aufrechterhalten*
- *Die Möglichkeit weiterer Lockerungen individuell prüfen*
- *Austausch mit Kollegen (wenn möglich auch aus unterschiedlichen Schichten) ermöglichen*
- *Bessere Erklärung des Sinns von Maßnahmen, um Ausschlüsse aufgrund des Nichtbeachtens von Maßnahmen zu verhindern*

Politische Forderungen (insbesondere im Hinblick auf das Gespräch am 3.11.)

- Tagesstruktur immer sicherstellen
- Arbeitsassistenz (insbes. bei Gehörlosen und Sehbehinderten) sicherstellen (derzeit Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Reduzierung oder Wegfall von Leistungen)
- Aufstockung der Mittel zur Lohnfortzahlung in den Werkstätten
- Ausgleichsabgabe erhöhen
- Überprüfung und Optimierung der bestehenden Konzepte unter Einbezug der Nutzer, angestrebt wird eine möglichst starke Angleichung an den allgemeinen Arbeitsmarkt
- Behebung des bestehenden Umsetzungsproblems in Bezug auf die Maskenpflicht: Verdeutlichen, dass Menschen auch ohne Maske in die Werkstatt dürfen

9) Menschen mit psychischen Behinderungen

Negativ

- *Depressionsrisiko und Risiko für weitere psychische Erkrankungen* ist stark erhöht durch Wegfall von Strukturen (Arbeit, Ehrenamt etc.), sowie Isolation und erzwungene Passivität
- Ängste, und Phobien wurden verstärkt → Rückzug
- Fehlende Anlaufstellen, Beratungsangebote und Krisentelefone
- Fehlender Einbezug der Belange psychisch erkrankter Menschen in die Entscheidungen der Politik
- Vorhersehbarkeit und Struktur ist besonders wichtig und war bei vielen pol. Entscheidungen nicht gegeben
- *Erhöhte Rückfallgefahr, insbesondere bei Suchterkrankungen*
- *Kinder psychisch kranker Eltern waren besonders von den Coronamaßnahmen betroffen*
- *Sozialpsychiatrische Dienste sind weggebrochen*
→ *Gefahr massiver Verschlimmerung und Verfestigung von psychischen Krisen/Erkrankungen*
- *Aus Rummangel und da Mitarbeiter*innen abgezogen wurden, waren Kriseninterventionen nicht mehr möglich*

Wünsche und Anregungen

- Psychische Gesundheit muss bei der Risikobewertung eine größere Rolle spielen
- Analoge Treffen von Selbsthilfegruppen, Selbstvertretungsgruppen etc. und auch im privaten Rahmen müssen unter Einhaltung der Schutzbestimmungen möglich bleiben
- Individueller Blick auf Risiken der Einzelperson, unter Berücksichtigung der physischen und psychischen Gesundheit
- Mehr Anlaufstellen
- *Landesweite, zentrale Krisenhotline, die 24/7 erreichbar ist und auf wohnortnahe Hilfsmöglichkeiten verweisen kann*
- *Vorschlag der Errichtung einer Stabstelle Psychiatrie*

Politische Forderungen (insbesondere im Hinblick auf das Gespräch am 3.11.)

- Funktionsfähigkeit der Sozialpsychiatrischen Dienste sichern (insbesondere im Hinblick auf Räume und Personal, sowie Kriseninterventionen und aufsuchende Tätigkeiten)
- Anlaufstellen für psychisch erkrankte Menschen erheblich ausbauen, auch in Hinblick auf die massive Zunahme von psychischen Erkrankungen in der Gesamtbevölkerung
- Psychische Gesundheit muss bei allen Maßnahmen mitgedacht werden
- Einrichtung einer landesweiten, zentralen Krisenhotline
- Finanzielle Ressourcen für analoge Treffen zur Verfügung stellen und bei Erlassen bedenken (beispielsweise Einrichtung von „Kontaktcontainern“)

- Selbsthilfe insbesondere in diesem Bereich nicht einschränken

10) Angehörige

Negativ

- Angehörige von Menschen in Wohngruppen: Wenn nicht gesetzl. Betreuer, dann Betreuungsrechtlich keine Rechte → keine Beschwerdemöglichkeit über Besuchsregelungen etc.
- Pflegende Angehörige: Extreme Belastung durch Wegfall von Unterstützungssystemen (z.B. Werkstatt, Kita, Förderzentrum, Therapie, Pflegedienst, Freizeitangebot, Familienunterstützender Dienst, Großeltern, Nachbarn, Freunde)
- Bei Familien mit mehreren Kindern: Zusätzliche Mehrbelastung durch Home-Schooling und Freizeitgestaltung für die Geschwisterkinder
- *Probleme bei der Rechtfertigung gegenüber Arbeitgebern bei Pflege erwachsener Angehöriger mit Behinderung*

Wünsche und Anregungen

- Verstärkte Einbeziehung von Angehörigen und Bewohnern bei der Erarbeitung von Erlassen
- Entlastungsangebote für betreuende Angehörige
- *Maßnahmen vergleichbar mit Möglichkeiten für Eltern von Schulkindern auch für Eltern von (erwachsenen) Kindern mit Behinderung*
→ *Absicherung pflegender Angehöriger*
- *Schaffung einer Ansprechstelle für überforderte pflegende Angehörige*
- *Auf- und Ausbau von familienentlastenden Diensten*
- *Verhinderungspflege sichern und ausbauen*

Politische Forderungen (insbesondere im Hinblick auf das Gespräch am 3.11.)

- Verhinderungspflege für pflegende Angehörige sicherstellen
- Entlastung von Angehörigen, ggf. Freistellung für arbeitende Angehörige, wenn keine Betreuungsmöglichkeit gegeben ist

11) Verwaltung

Negativ

- Ämter hatten geschlossen → Keine Möglichkeit für HPGs trotz veränderten/erhöhten Hilfebedarfen aufgrund von Corona
- Verspätete Bescheide
- *Auch im Normalbetrieb häufig überlastet*

Wünsche und Anregungen

- *Verwaltung muss weiter zugänglich sein und funktionieren*
- *Barrierefreie Ansprechstellen bei Fragen zu Erlassen*

Politische Forderungen (insbesondere im Hinblick auf das Gespräch am 3.11.)

- Verwaltung muss weiter offen sein und funktionieren

12) Sonstiges

Negativ

- Autofahren mit Betreuer nicht möglich
- Schulische Inklusion ist unter Coronabedingungen kaum umsetzbar
- Kinder in Regelschulen werden wieder beschult, Kinder, die keine Maske tragen können, dürfen nicht in die Förderzentren
- *Bisher keine Regel dafür, wie es sanktioniert werden kann, wenn Menschen, die keine Maske tragen können, ausgeschlossen werden*

Politische Forderungen (insbesondere im Hinblick auf das Gespräch am 3.11.)

- Ausbildung von Dolmetschern für leichte Sprache fördern
- Die Maßnahmen haben zu massiven Einschnitten in der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen geführt, dennoch wurde von ihrer Seite konstruktiv mit der Politik zusammengearbeitet → Für diese Kooperation wird Wertschätzung durch die Politik gewünscht

Gehörlose Menschen

Negativ

- *Integrationsamt bekommt weniger Geld aus der Ausgleichsabgabe
→ Arbeitsassistenz ist nicht gesichert*
- Für Gehörlose war Kontaktaufnahme zu Behörden geradezu unmöglich (oft nur Telefonnummer angegeben)
- *Erlasse sind schwer verständlich und die telefonische Nachfrage ist nicht möglich, da bei dem Angebot in Gebärdensprache das bundeslandspezifische Wissen fehlt*
- *Trotz unzureichenden Informationen gelten die Bußgeldregelungen*

Wünsche und Anregungen

- *Arbeitsassistenzen laut gesetzlichem Anspruch sichern*
- *Coronatests für Dolmetscher und gehörlose Menschen (da diese gefährdet sind, wenn das Gegenüber die Maske zur Verständigung abnehmen muss)*
- *Kontaktmöglichkeit zu Behörden über Video*
- *Informationen über die Erlasse müssen auch in Gebärdensprache zur Verfügung gestellt werden*
- *Gebärdensprache auch in regionalen Medien und auf kommunaler Ebene*
- *Alternativen zu Telefonhotlines schaffen*
- *Sozialberatungsstellen und Gebärdensprachdolmetscher als „systemrelevant“ anerkennen*

Politische Forderungen (insbesondere im Hinblick auf das Gespräch am 3.11.)

- „Systemrelevanz“ von Dolmetschern und Sozialberatung für Gehörlose anerkennen
- Ausbildung von Dolmetschern für Gebärdensprache fördern

Menschen mit Sehbehinderungen

Negativ

- Blinde Menschen fahren mehr Taxi aus Angst vor Ansteckung im ÖPNV → Höhere Kosten

Wünsche und Anregungen

- *Assistenzen auch beim Reisen ermöglichen*
→ *Regelungen finden, wie Hilfe beim Reisen trotz Abstandsgebot möglich ist*
- Blindengeld erhöhen, um höhere Kosten für Mobilität (insbes. Taxifahrten) auszugleichen